

Beantwortung der Fragen des BUND

1. Biodiversität/Natur/Gesundheit:

- Wie wichtig ist für Sie die Naturerfahrung für eine gesunde Entwicklung von Kindern?
Wie wichtig ist Ihnen dementsprechend eine gesunde Natur?
Sollte es nicht aufgrund der Pandemieerfahrungen und dem dort sichtbar gewordenen Stellenwert von Gesundheit für eine Gesellschaft ein anderes Bewusstsein für den Stellenwert von Natur für die Gesundheit bereits innerhalb der Stadtentwicklung geben?
Ebenso ein anderes Bewusstsein für Vorsorge, Komplexität und die Bedeutung von Resilienz?
Wie können sich diese Punkte bereits in der Stadtplanung wiederfinden?
Wie können Sie sich dafür einsetzen, dass man als Bürger*in dieses Bewusstsein erkennen kann?

Für uns Grüne ist sehr wichtig, dass sich Kinder in der Natur austoben, die Natur- und Artenvielfalt erleben und sich gesund und mit regionalen Produkten ernähren können. Der Schutz unserer Lebensgrundlagen ist für uns Grüne von enormer Bedeutung, da eine intakte Natur letztendlich auch unser Überleben sichert.

Für die Gesundheit der Bevölkerung ist eine gesunde Umwelt und Natur unerlässlich.

Die Klimakrise stellt auch unsere Städte und Kommunen vor große Herausforderungen. Es ist von elementarer Bedeutung, dass wir hier so gut es geht präventiv agieren und den nicht mehr aufzuhaltenden Auswirkungen der Klimakrise bestmöglich begegnen. Dazu gehört es auch, den Städtebau ökologischer auszurichten: Wir brauchen mehr Grünflächen, Bäume und begrünte Fassaden. Statt der Vernichtung weiterer Grünflächen für den Städtebau müssen wir mit kreativen Lösungen eine Nachverdichtung erreichen.

Für ein gesundes Mikroklima ist es unerlässlich, zukünftig darauf zu achten, dass es strahlenförmig vom Zentrum zur Peripherie reichende Vegetations-Korridore gibt, die als Schattengeber und Wasserspeicher fungieren. Städte, die besonders anfällig für Überschwemmungen sind, müssen zu Schwammstädten transformiert werden. Eine klimaneutrale Stadt ist eine Stadt, die auf emissionsarmen Verkehr und so viel Natur wie möglich ausgerichtet ist. Hierzu möchten wir Anlässe schaffen, die den motorisierten Individualverkehr verringern. Beispielsweise durch einen attraktiven ÖPNV, Sharing-Angebote, die Nutzung von Coworking-Spaces und einladende Rad- und Fußwege, aber auch den Wegfall von öffentlichen Parkflächen. Für eine artenreiche und umweltfreundliche Stadt möchten wir Kommunen, Kommunalbetriebe und Bauhöfe dabei unterstützen, öffentliche Grünflächen, Straßenbegleitgrün und Knicks so zu pflegen, dass sie einen Mehrwert für die Artenvielfalt bieten. Mit einem Förderprogramm für ökologische und insektenfreundliche Beleuchtung von Rad- und Fußwegen möchten wir Städten und Gemeinden eine ökologische Transformation erleichtern.

Da immer mehr Menschen in der Stadt das Gärtnern für sich entdecken, möchten wir bürokratische Hürden für Urban-Gardening-Projekten nehmen und ihre Umsetzung erleichtern.

In unserer Gesundheitspolitik legen wir einen Schwerpunkt auf Prävention: Unsere Gesundheit ist ein sehr wichtiges Gut. Die Corona-Pandemie hat bestehende Schwachstellen unseres Gesundheitssystems verdeutlicht und nochmals bestätigt, wie umfassend Gesundheit gedacht werden muss. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die gesundheitliche Prävention viel stärker zum Grundprinzip unseres Gesundheitswesens wird. Denn laut der Weltgesundheitsorganisation sind über die Hälfte der Volkserkrankungen wie Diabetes oder Herz-Kreislauf-Beschwerden vermeidbar und auf einen ungesunden Lebensstil zurückzuführen. Unser Ziel ist es deshalb, zu helfen, bevor Krankheiten überhaupt entstehen. Dafür wollen wir uns verstärkt um die Schwerpunkte Prävention und Vorsorge kümmern und diese nicht zuletzt in der Aus- und Weiterbildung von medizinischem und pädagogischem Personal stärken. Darüber hinaus setzen wir uns für ganzheitliche Konzepte zur Prävention und gesundheitliche Vorsorge in sämtlichen Lebensbereichen ein.

Wir wollen einen Präventionsrat innerhalb der Landesregierung etablieren, der das Gesundheitsministerium beraten und sich insbesondere mit chronischen Erkrankungen befassen soll.

Außerdem wollen wir einen Fokus auf gesunde Ernährung legen:

Viele Krankheiten entstehen in der Folge von falscher Ernährung und einem Mangel an Bewegung. Hier möchten wir in der Prävention ansetzen. Aus diesem Grund werden wir eine nachhaltig gepflegte Beratungsstruktur für Familien etablieren. Neben Mediziner*innen, Hebammen und anderem medizinischen Fachpersonal muss auch das pädagogische Fachpersonal über die Schlüsselrolle der Ernährung in der Gesundheitsprävention ausgebildet werden, damit das Wissen langfristig in Prävention und Therapie einfließen kann.

In Schulen soll das Thema „Gesundheit und Prävention“ gestärkt werden und mehr Zeit für Bewegung und Sport geschaffen werden. Genauso wichtig sind eine ökologische, regionale und gesunde Versorgung sowie regelmäßiges Kochen. Gemeinsam mit den Kommunen werden wir uns für eine Verbesserung einsetzen und ein Förderprogramm auflegen. Die Bildungsarbeit für gesunde Ernährung in Kitas und Schulen wollen wir stärken.

2. Müll

- Wie beurteilen Sie das Thema Vermüllung von Umwelt und Natur?
- Welchen Beitrag liefern Sie, diese Thematiken vor dem Hintergrund von Gesundheitsdebatten und Biodiversitätsdebatten neu zu betrachten?

Wir wollen die Vermüllung von Umwelt und Natur drastisch reduzieren. Sie stellt ein erhebliches Gefahrenpotential für Tiere und Pflanzen dar und beeinträchtigt darüber hinaus das Landschaftsbild. Eine saubere und intakte Umwelt und Natur tragen maßgeblich zur Erholung und damit zum gesundheitlichen Wohlbefinden bei, sodass ein Ende der Vermüllung auch einen positiven Effekt auf die Gesundheit der Menschen in Schleswig-Holstein haben wird.

Dies gilt selbstverständlich auch für den Schutz von Arten und Pflanzen.

Die u.a. in Folge der Pandemie steigenden Besucherzahlen in Naherholungsgebieten bringen auch Beeinträchtigungen und Regelverstöße mit sich. Wir werden uns dafür einsetzen, dass über die

Naturparke hinaus die ehrenamtlichen Schutzgebietsbetreuer*innen Besucherströme besser lenken und so zum Beispiel über die Bedeutung von Wegegeboten, die Auswirkungen illegaler Müllentsorgung sowie die Störung von Lebensräumen seltener Arten aufklären.

Um generell das Thema „Abfall/Recycling“ anzugehen, ist es unser Grünes Ziel, den Weg hin zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft weiter und zügiger beschreiten. Dies wollen wir erreichen, indem wir Verpackungsmüll möglichst schon an der Quelle deutlich begrenzen, die Recyclingquoten erhöhen, die Lebensmittelverschwendung reduzieren, uns für ein Recht auf Reparatur einsetzen und die Transparenz für Verbraucher*innen weiter verbessern. Wir planen die Erarbeitung eines Aktionsplans Kreislaufwirtschaft und die Entwicklung einer Zero-Waste-Strategie auf Landesebene. Wir setzen uns für den Aufbau einer Landesagentur für Kreislaufwirtschaft ein. Wir werden einen Förderbonus für Retrofit-Lösungen und für die Reparatur von Elektrogeräten einführen und Repair-Initiativen fördern. Wir setzen uns außerdem für eine internationale Plastikkonvention unter dem Dach der Vereinten Nationen ein, um bis 2030 den Eintrag von Plastik und Mikroplastik in die Meere zu stoppen.

3. Wachstum

- Warum findet sich in Ihren Wahlprogrammen so wenig über die Grenzen des Wachstums? Warum geht es Ihnen auch beim Thema Nachhaltigkeit stets um „weiter, höher, besser“? Wie gehen Sie damit um, dass der german overshootday bereits voraussichtlich am 5. Mai erreicht ist? (Danach haben wir über unsere Verhältnisse gelebt.)

Wir Grüne erkennen klar an, dass wir in Deutschland bislang über unsere planetaren Grenzen gelebt haben bzw. leben. Dass der Overshootday jedes Jahr weiter nach vorne rückt, zeigt drastisch auf, dass wir die Art und Weise wie wir aktuell wirtschaften (über unsere Verhältnisse hinaus) ändern müssen! Unser Grünes Ziel ist es, zu einer Kreislaufwirtschaft zu gelangen. Das heißt, statt immer wieder neu zu prozieren, müssen wir hin zu einer Wirtschaft, in der weniger verbraucht und in der stattdessen mehr up- und recycled und repariert wird.

4. Windplanung/Vogelzug

- Wie erklären Sie, dass im Landesrahmenplan III Wind Hauptteil auf Seite 213 auf der Abbildung 33 (Hauptachsen des überregionalen Vogelzugs im terrestrischen Bereich, Karte 2) die südliche Hauptachse entfernt wurde, die 2020 in einer Karte zu den Hauptzugvogeltrassen der Ornithologischen Arbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein noch zu sehen war? („Der Falke“ Karte 1) Wie kann eine Gefährdung der vielen Zugvögel (Schwäne, Gänse, Drosseln, u.v.a.m.) aus dem Baltischen Raum und weiter im Nordosten Europas durch die Flughöhen im Rotorbereich ausgeschlossen werden?

An dieser Stelle können wir keine Fachfragen beantworten, die sich offenbar an die planenden Behörden im Land richten.

Wir setzen uns dafür ein, auch neuartige Antikollisionssysteme zum Schutz vor Vogelschlag zu erproben. Grundsätzlich gilt, dass bei der Flächenplanung im Rahmen der Evaluation der

Regionalpläne Wind und bei der Genehmigung von Windkraftanlagen der Artenschutz nach wie vor eine wichtige Rolle spielen muss.

5. Photovoltaik

- Wie könnten Photovoltaikflächen von vornherein so planen oder verbindliche Regeln schaffen, dass a) die Biodiversität auf diesen Flächen zunimmt und b) hinter den eingezäunten Voltaikflächen verbindlich Flächen für den Biotopverbund entstehen, um Wanderkorridore für wildlebende Tiere zu schaffen?

Neben Dachflächen liefern auch Solaranlagen auf Freiflächen einen notwendigen Beitrag zur Energiewende. Die Ausweisung der Flächen liegt zurzeit in der Hand der Kommunen. Diese Praxis hat sich bewährt. Eine Flächenplanung auf Landesebene für Solarenergie wollen wir deshalb nicht einführen. Kommunen und Projektierer werden stattdessen mit Leitfäden für gute fachliche Praxis Unterstützung erhalten, um die vielfältigen Möglichkeiten bei der Ausgestaltung der Solarparks auszuschöpfen.

Bei der Planung von Freiflächen-Anlagen sollen gleichzeitig Biotopverbünde geschaffen werden. Diese sollen Biotopinseln für Tiere, Insekten und Pflanzen unter Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen bieten. So können Freiflächenanlagen neuen Lebensraum für eine Fülle von Arten bieten.

Die Verbindung von Solarenergie mit landwirtschaftlicher Nutzung (Agrarphotovoltaik) für Pflanzenanbau oder Nutztierhaltung, wie zum Beispiel Schafhaltung, bringt weitere Vorteile mit sich. Der Sonne nachgeführte, doppelseitige Photovoltaikmodule ermöglichen eine noch bessere Nutzung der Energieflächen für Landwirtschaft und Naturschutz. Freiflächenanlagen sollen auch gezielt auf belasteten Flächen aufgestellt werden. Das kann zum Beispiel in der Nähe von Stromtrassen oder Autobahnen oder auf ehemaligen Maisäckern der Fall sein.

6. Biotopverbund/Verkehr

- Welche Summe würden Sie für mehr Wildtierbrücken aus dem Landesetat (bzw. über den Bundeswegeplan) zur Verfügung stellen? Wie beurteilen Sie die Notwendigkeit einer Wildtierbrücke über die A 24, um den Sachsenwald mit anderen, ökologisch hochwertigen Waldflächen zu verbinden?

Die Zerschneidung von Lebensräumen bedroht insbesondere die flugunfähigen Arten. Neben Tod im Verkehr stellt vor allem die Verkleinerung des Genpools in kleinen Populationen ein Problem dar. Dem sollte durch ein landesweit abgestimmtes Konzept von Querungshilfen begegnet werden. Dabei sind im Hinblick auf den konkreten Nutzen vor Ort und die Kosten immer Betrachtungen im Einzelfall durch die Fachleute erforderlich. Für die Bundes- und Landesstraßen haben wir mit der Biodiversitätsstrategie bereits erreicht, dass ein entsprechendes Fachkonzept erstellt wird und die Straßenbauverwaltung dieses auch sukzessive in ihrem Zuständigkeitsbereich durchführt. Für die Autobahnen ist der Bund zuständig.

7. Verkehr

- Wie stehen sie zu dem E-Highway-Projekt, das die Autobahn für den Güterverkehr mit einem Oberleitungssystem ausstatten soll? Welche Rückmeldungen der Sinnhaftigkeit des Projekts haben Sie dazu von der Logistikbranche? Wie könnte man dieses Projekt stoppen?

Mit dem Feldversuch zum E-Highway auf der A1 zeigen wir bereits heute, dass Schleswig-Holstein Innovationsstandort für neue Technologien im Bereich klimaneutraler Schwerlastmobilität und -infrastrukturen ist. Wir wollen ihn zur weiteren Erprobung hinsichtlich der Technologien, wie anderer Hybrider-Antriebe und dem Betrieb auf längeren Distanzen, zum Feldversuch E-Highway-Nord ausweiten. Dafür gehen wir auf unsere norddeutschen Nachbarländer zu. Beim Ausbau legen wir auch Wert auf frühzeitige Bürger*innenbeteiligung und Lärmschutz für alle.

- Was halten Sie von einem Tempolimit von 90 kmh auf Autobahnen und auf Landstraßen ein Tempolimit von 70 kmh? Und ferner von einem Sonntagsfahrverbot für Fahrzeuge, abwechselnd gerade und ungerade Kennzeichen?

Wie im kürzlich veröffentlichten GRÜNEN [Sofortprogramm](#) 2022 beschrieben, wollen wir eine Bundesratsinitiative für das Tempolimit 130 km/h auf Autobahnen auf den Weg bringen.

Gleichzeitig fordern wir in unserem Landtagswahlprogramm, dass dort wo es möglich ist, die Höchstgeschwindigkeiten 80 km/h auf Landstraßen und 30 km/h innerorts festgelegt werden. Kommunale Initiativen für Modellversuche mit flächendeckendem Tempo 30 begrüßen und unterstützen wir.

- Wie erklären Sie sich die Konflikte rund um das Thema A20? Wie beurteilen sie die A20-Nordbogen Variante? Was halten Sie von folgendem Vorschlag: a) Tunnel bzw. Hamburger Deckel auf Trasse der B 206 durch Bad Segeberg b) Ausbau der B 205 von Bad Segeberg bis A7 (Neumünster-Süd) c) Ausbau der B 5 von Itzehoe bis Brunsbüttel/Elbe wegen geplantes LNG-Terminal und Abtransport von Material etc. infolge von Rückbau der KKW Brunsbüttel und Brokdorf d) Zusammenlegung der Trassen für geplante Nordumfahrung Itzehoe von B 206 neu und A20? Warum hat man bei der Entscheidung zur Weiterplanung mit der DEGES keinen Faktencheck durchgeführt?

Wir haben in Schleswig-Holstein bereits ein sehr ausgebautes Straßennetz und möchten daher bei der Finanzierung Priorität auf den öffentlichen Verkehr und die Schiene legen. Daher wünschen wir uns keine neuen Bundesfernstraßen vom Bund, der die Entscheidungen hierüber trifft. Der Koalitionsvertrag der Ampel-Bundesregierung sieht einen Dialogprozess sowie die Bedarfsplanüberprüfung aller Bundesverkehrsprojekte vor. In diesem Kontext betonen wir unsere Kritik an der geplanten Fortführung der A 20 über die Anbindung an die A 7 hinaus und den Ausbau der A 23. Bei Landesstraßen setzen wir auf Erhalt statt auf Neubau.

8. Flächenverbrauch

- Wie wollen Sie beim Thema Flächenverbrauch dazu beitragen eine Kehrtwende zu „Netto Null“ herbeizuführen? (Gerade auch in Anbetracht der aktuellen Wohnungsbausituation).

Wir GRÜNE konnten erreichen, dass im Landesentwicklungsplan (LEP) ein Flächensparziel verbindlich festgelegt wurde. Die Flächenneuanspruchnahme für Siedlung und Verkehr wird bis zum Jahr 2030 auf unter 1,3 Hektar pro Tag gesenkt und bis spätestens 2050 auf netto Null reduziert. Damit leistet Schleswig-Holstein seinen Beitrag zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, den Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche bis 2030 auf bundesweit weniger als 30 Hektar pro Tag zu reduzieren. Langfristig wollen wir den Flächenverbrauch noch weiter reduzieren. Wir verfolgen im Kern drei strategische Ansätze: Vorzug von Sanierung, Weiter- und Umnutzung bestehender Gebäude gegenüber Neubauten (Vermeidung), Aktivierung von Baulücken und Innenentwicklungspotenzialen (Mobilisierung) und verstärktes Recycling brachliegender Flächen (Revitalisierung).

Zur Umsetzung wurde bei der Landesplanungsbehörde das ressortübergreifende Projekt „Nachhaltiges Flächenmanagement“ eingerichtet und 30 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Hinzu kommt ein Baulandfonds mit einem Kreditvolumen von 100 Mio. Euro, der Kommunen beim Flächenrecycling unterstützen soll. Diese Maßnahmen wollen wir fortführen und ausbauen.

Im Laufe der nächsten Wahlperiode wollen wir zu den eingeleiteten freiwilligen Maßnahmen Bilanz ziehen und in den Regionalplänen verbindliche jährliche Zwischenschritte zum 1,3-Hektar-Ziel festlegen. Wir werden prüfen, ob verbindliche, feste Flächenkontingente für Kreise und Kommunen festgelegt werden müssen, um die Flächenspar-Ziele zu erreichen und werden die Entsiegelung aktiv voranzubringen. Um Kommunen weiterhin eine Entwicklung zu ermöglichen, soll parallel ein Flächen-Zertifikate-Handel nach dem Vorschlag des Umweltbundesamtes eingeführt werden.

Unser Ziel ist es, auch die aktive Entsiegelung von Flächen voranzubringen und damit auch eine räumliche Aufwertung zu schaffen, die die Lebensqualität vor Ort steigert. Dazu sollen Leitfäden und Best-Practice-Modelle dienen.

9. Knickschutz:

- Was soll getan werden, um die letzten intakten Knicks zu schützen und viele Knicks, die eigentlich nur noch löchrige Hecken sind, wieder instand zu setzen? Wie wollen Sie die Landwirte diesbezüglich unterstützen? Wie wollen Sie die Qualität der Knickpflege verbessern?

Der Zustand unserer wertvollen, landestypischen Knicks mit ihren vielfältigen Funktionen gibt Anlass zur Sorge. Wir wollen diesen Trend umkehren und unsere wilden Hecken wirksam schützen. Sie verbinden Biotope und dienen als Rückzugs- und Lebensraum zahlreicher, auch seltener und gefährdeter Tier- und Pflanzenarten.

10. Biodiversität

- Wie wichtig ist Ihnen das Thema Biodiversität bzw. Rückgang der natürlichen Vielfalt? Wie werden Sie sich für Programme und deren Umsetzung in den kommenden Jahren und in welchem Umfang einbringen? Mit welchen Maßnahmen werden Sie sich für die Wiederherstellung der ursprünglichen Natur und Landschaft, sowie insbesondere die Populationen wildlebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten einsetzen?

Die Artenvielfalt an Land und im Meer, in Seen und Flüssen ist über Millionen von Jahren gewachsen und ein Naturschatz mit einem hohen Eigenwert. Als Land zwischen den Meeren haben wir eine besondere Verantwortung für die typischen Küstenlebensräume, Flussmündungen und die auf diese

Lebensräume spezialisierten Tier- und Pflanzenarten. Die Verluste an Artenvielfalt in den letzten Jahrzehnten sind jedoch erschreckend groß. Wir wollen das Aussterben von Arten nicht nur verlangsamen, sondern eine Trendumkehr erreichen. Für den Schutz der Artenvielfalt in Schleswig-Holstein haben wir eine Biodiversitätsstrategie erarbeitet, die breite Unterstützung im parlamentarischen und öffentlichen Raum erfahren hat. Diese umfassende Strategie zur Sicherung der Lebensräume und zum Schutz der Artenvielfalt sowie bestehende Programme zum Schutz von Artenvielfalt und Biodiversität werden wir konsequent fortführen und die hierfür erforderlichen Ressourcen bereitstellen.

Wir wollen die Naturschutzbehörden im Land besser ausstatten, um das Management von Naturschutzgebieten und Ausgleichsflächen zu verbessern und eine Beschleunigung von Planungsprozessen bei gleichbleibender Qualität der Umweltprüfungen zu ermöglichen.

Unser Ziel ist eine Trendumkehr bei der „Roten Liste der gefährdeten Arten“ zu erreichen. Innerhalb der nächsten fünf Jahre wollen wir den Schutz der Lebensräume von besonders gefährdeten Arten deutlich verbessern und Gefährdungsursachen konsequent angehen. Dazu wollen wir die Ausweisung neuer und die Erweiterung bestehender Schutzgebiete vorantreiben und diese mit einem verbesserten Management ausstatten. Und wir wollen damit vermehrt zusammenhängende Biotopverbundachsen entstehen lassen.

Die Arbeit der ehrenamtlichen Schutzgebietsbetreuer*innen wollen wir durch den Einsatz von hauptamtlichen Ranger*innen bei ihren wichtigen Aufgaben im Schutzgebietsmanagement, Monitoring und der Umweltbildung unterstützen.

Durch die Neuausweisung der Flächen wollen wir auch die Flächenziele der UN und der EU verfolgen. Wir werden auch die Landschaftsschutzgebiete evaluieren. Wo es fachlich sinnvoll und notwendig erscheint, werden wir uns für einen höheren Schutzstatus einsetzen. Wir werden Nutzungskonflikte für Schutzgebiete konsequent abbauen. Hierzu zählen unter anderem nicht angepasste landwirtschaftliche Nutzungen, Freizeitaktivitäten und touristische Nutzungen. Wo Schutzgebiet draufsteht, muss Schutzgebiet drin sein.

In Schutzgebieten soll ein konsequentes Verbot für den Einsatz von Pestiziden gelten. Im Umkreis sollen pestizidfreie Pufferzonen eingerichtet werden. In diesem Zuge werden wir weiterhin die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie umsetzen, damit wildlebenden Arten die Lebensräume geboten werden, die sie benötigen. In diesem Zuge werden wir die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie so umsetzen, dass die Artenvielfalt im Land wieder steigt.

- Mit welchen Maßnahmen werden Sie die Lebensstätten und Populationen der wild lebenden Kleintiere (wie Amphibien, Reptilien und Kleinsäuger) erhalten und den Austausch zwischen den Populationen bei deren Wanderungen über Verkehrswege artgerecht geschützt mit hoher Querungseffizienz (>70%) ermöglichen?

Siehe Antwort zu Frage 6.

- In welchem Rahmen und wie können Personalstellen für Kreisfachberater*innen für Gartenkultur, wie es sie in Bayern auf Grundlage des blühpaktes.bayern gibt, in Schleswig-Holstein umgesetzt werden? (Die Kreisfachberater*innen sind in Bayern mit zuständig für biodiversitätsfördernde Konzepte und Pflege kommunaler Grünflächen. Spezielle

Bauhofschulungen werden dort durchgeführt und spezielles Wissen vermittelt, um Lebensräume wieder ökologisch aufzuwerten.

<https://www.bluehpakt.bayern.de/kommunen/bauhoefe.htm>

Wir setzen uns für eine auskömmliche Finanzierung der Biodiversitätsstrategie ein, in der auch Maßnahmen für eine Qualitätsinitiative Biodiversität im Siedlungs- und Verkehrsbereich beschrieben sind. Hier soll u.a. das vorhandene Personal entsprechend geschult werden.

Moorschutz

- Wie unterstützen Sie die ökonomisch und ökologisch dringlich gebotene Wiedervernässung von 5000ha Moor jährlich in Schleswig-Holstein?
- Wie wollen Sie betroffene Landwirte bei der Umstellung auf alternative, ökonomisch tragfähige Formen der Bewirtschaftung wiedervernässter Standorte (z.B. Paludikultur, Vertragsnaturschutz) unterstützen?

Für einen effizienten Klimaschutz braucht es intakte Moore, als natürliche CO₂-Senken. Deshalb wollen wir mindestens 8000 ha trockengelegte Moorflächen wiedervernässen und bestehende Moore schützen. Auch landwirtschaftlich intensiv genutzte Moorböden müssen renaturiert werden. Über attraktive Vertragsnaturschutz-Programme sowie Kauf und Pacht von Moorflächen wollen wir Landwirt*innen und Flächeneigentümer*innen von den Chancen der Renaturierung überzeugen. Zusätzlich braucht es Rahmenbedingungen, damit - in Abhängigkeit von den ökologischen Bedingungen eines Standortes - Moorflächen als artenreiches Grünland oder für die Paludikultur (die nachhaltige, landwirtschaftliche Nutzung von Mooren) genutzt werden können. Besonders schützenswerte Bereiche von Mooren sollen jedoch ungenutzt bleiben.

11. Landwirtschaft

- Was werden sie tun, um die ökologische Landwirtschaft auf 30% auszubauen?

Wir verfolgen das Ziel des „Green Deals“ der EU und der neuen Bundesregierung von mindestens 30 Prozent im Ökolandbau bewirtschafteter Fläche für Schleswig-Holstein. Bisher liegt der Ökolandbau in Schleswig-Holstein bei 7 Prozent. Um die gewaltige Aufgabe der Umstrukturierung lösen zu können, werden wir die Finanzierungen sichern und Fördermittel des Landes vorrangig ökologisch orientiert auszahlen. Wir werden die EU-Öko-Verordnung konsequent umsetzen und wollen uns auf Bundesebene für eine Überarbeitung des Öko-Landbaugesetz einsetzen, um die Hemmnisse für einen Umstieg zum Ökolandbau ab- und die Beratung aufzubauen. Darüber hinaus setzen wir uns für die Erhöhung und den Ausbau der Ökolandbauprämie ein. Die Fachberatung für den Umstieg auf Ökolandbau wollen wir ausweiten und die betreuten Betriebe längerfristig fachkundig begleiten sowie die bürokratischen Hürden verringern.

12. LNG

- Haben Sie in der Abwägung der Unterstützung oder Ablehnung für das LNG Terminal in Brunsbüttel die Klimaschädlichkeit von LNG bedacht? Und wenn ja, wie und in welchem Maß?

- Wie wollen Sie dafür Sorge treiben, dass kein Fracking-Gas in Brunsbüttel anlandet? Welche Garantien kann das Land SH geben?
- Wie wollen Sie dafür Sorge treiben, dass kein russisches LNG in Brunsbüttel anlandet? Welche Garantien kann das Land SH geben?
- Wie wollen Sie verhindern, dass das LNG Terminal in Brunsbüttel nicht über 25-30 Jahre komplett fossil betrieben wird und damit die beschlossene Klimaneutralität bis 2045 ad absurdum führt?
- Wie stehen Sie zur Problematik des Störfallrechts am Standort Brunsbüttel und welche Garantien können Sie den Bürger*innen in Brunsbüttel geben, dass es zu keinem signifikanten Unfall im Falle des Baus einer LNG- oder Ammoniak-Terminals kommen wird?
- Welche zusätzlichen Kosten für das teurere LNG, die Leitungen zu den Terminals, die Kosten der Ertüchtigung des weiterführenden Gasnetzes und die Reduzierung der Gasnetzzugangsentgelte für die Betreiber der LNG-Terminals für die Gasendkunden entstehen würden.

In unserem Wahlprogramm halten wir Grüne fest: „Fossile Energieinfrastrukturen sind nicht zukunftsfähig. Neben CO₂ aus der Verbrennung ist auch Methan ein in der Atmosphäre extrem klimaschädigendes Gas. Wir lehnen die Finanzierung neuer Projekte mit klimaschädlicher Wirkung aus Landesmitteln ab. Schleswig-Holstein braucht kein LNG-Terminal. Der Inbetriebnahme von NordStream2 erteilen wir eine klare Absage.“

Allerdings bedeutet der Krieg in der Ukraine eine Zäsur, die eine Neuausrichtung unserer energiepolitischen Haltung erfordert.

Mit Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine ist klar, dass wir uns von der Abhängigkeit von russischem Gas und Öl lösen und energiepolitisch unabhängig werden müssen. Wir wollen und dürfen nicht länger abhängig sein von der Willkür eines Diktators, der jeden Moment die Gaslieferungen stoppen könnte.

Die Bundesregierung hat sich in den letzten Jahren auf dem Status-Quo ausgeruht, ohne die geopolitische Lage ausreichend zu evaluieren, Gasreserven aufzubauen und für unsere Versorgungssicherheit zu sorgen.

Für Energiesouveränität ist die wirksamste mittelfristige Maßnahme der massive Ausbau der Erneuerbaren Energien. Bis wir eine Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien aus dem In- und Ausland gewährleisten können, müssen wir unsere Gasimporte sehr viel stärker diversifizieren.

Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Anlandung von Flüssiggas innerhalb Deutschlands. Dafür brauchen wir LNG-Terminals. Wir fordern, dass sie so konzipiert sein müssen, dass sie wasserstoffgeeignet (H₂-ready) sind und schnellstmöglich umgerüstet werden können, sobald genug Wasserstoff verfügbar ist.

Die Entscheidung über den Bau des LNG-Terminals in Brunsbüttel hat die Bundesregierung mit ihrer zugesagten Beteiligung ohnehin in die Hand genommen.

Wir können und dürfen die Augen nicht verschließen angesichts der veränderten geopolitischen Lage.

13. Zusammenarbeit mit Umweltverbänden:

- Wie wollen Sie zukünftig (unabhängig einer Regierungsbeteiligung) mit dem BUND SH zusammenarbeiten? Und wie stellen Sie sich eine gute Zusammenarbeit vor?
- Wie wollen Sie Umweltverbände in Schleswig-Holstein unterstützen?

Uns Grünen ist eine enge Zusammenarbeit sowie ein regelmäßiger Austausch und Treffen mit den Umweltverbänden wichtig, denn sie sind wichtige Akteure für den Umwelt- und Naturschutz in unserem Land.